



Thomas Albdorf

«Die Brandmauer ist bestenfalls ein Maschendrahtzaun»

Deutschland streitet über den Umgang mit Positionen rechts von der Union. Ein Gespräch mit der Konfliktforscherin Nicole Deitelhoff über die Abgrenzungsprobleme der Konservativen und demokratische Debattenkultur.

Von [Theresa Hein](#), 23.09.2023

Im thüringischen Landtag brachte vergangene Woche die CDU-Fraktion mit den Stimmen der dortigen – vom Verfassungsschutz als erwiesen

rechtsextrem eingestuft – AfD ein Gesetz für tiefere Steuern auf den Weg. Seitdem wird in Deutschland wieder über die «Brandmauer» diskutiert, also über den Umgang konservativer Parteien mit Kräften, die rechts von ihnen stehen.

Kommendes Jahr finden in drei deutschen Bundesländern mit hohen Zustimmungswerten für die AfD Landtagswahlen statt. Und schon in zwei Wochen wird ein neuer Landtag in Bayern gewählt. Dort wurde die Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern kürzlich von Enthüllungen über ein antisemitisches Flugblatt erschüttert, das der Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger als Jugendlicher in seinem Schulrucksack trug. Darüber, was all diese Geschehnisse verbindet, hat die Republik mit der Politikwissenschaftlerin und Konfliktforscherin Nicole Deitelhoff an ihrem Arbeitsort in Frankfurt am Main gesprochen.

Frau Deitelhoff, in der deutschen Politik reden gerade alle wieder von der «Brandmauer gegen rechts». Steht die denn noch?

Ich bin nicht sicher, ob es jemals so etwas wie eine richtige Brandmauer gegeben hat. Ich würde sagen, sie steht nicht. Es ist auch bestenfalls ein Maschendrahtzaun. Der Begriff «Brandmauer» ist eher symbolisch, er soll ausdrücken: Die demokratischen Kräfte stehen zusammen gegen die Gefahr von rechts. Und das mag eine Weile in der Vergangenheit noch ganz gut geklappt haben, 2017, als die AfD das erste Mal in den Bundestag einzog. Aber mit der Zeit, gerade in der Regionalpolitik, wurde das ziemlich schnell brüchig. In Kommunen sind oft die Kräfteverhältnisse andere als im Bundestag. Politik muss da in gewisser Weise mit den Akteuren arbeiten, die ihr zur Verfügung stehen.

Was ist dann kürzlich im Thüringer Landtag geschehen, als die CDU mit den Stimmen der AfD ein Gesetz gegen die dortige Minderheitsregierung durchgesetzt hat?

Hier ist eine Zusammenarbeit ohne Not passiert. Hinzu kommt, dass wir es in Thüringen mit einem Teil der AfD zu tun haben, der besonders weit rechts steht und als rechtsextremistischer Verdachtsfall vom Verfassungsschutz eingestuft wird. Aber das Bemerkenswerte ist: Es war keine unausweichliche Notwendigkeit, ein solches Gesetz mit den Stimmen der AfD durchzubringen, sondern man hat das bewusst in Kauf genommen. Wir werden nie genau erfahren, was im Vorfeld dieser politischen Entscheidung passiert ist und wer genau wann Bescheid wusste. Aber wovon man ausgehen kann, ist, dass man in der Thüringer CDU-Fraktion gewusst hat, dass man sich hier auf die Stimmen der AfD verlassen würde. Und eventuell wusste das auch schon früh der Bundesvorstand. Das wäre aber, wie gesagt, nicht nötig gewesen. Es gab auch ein Gesprächsangebot der regierenden Linken. Vielleicht wäre das Gesetz dann nicht genau so zustande gekommen, aber ein anderes mit ähnlichen Effekten. Darauf hat man in der CDU ganz bewusst verzichtet. Jetzt tut man so, als sei alles gut, aber das ist es nicht – insbesondere nicht, wenn man es mit dem Thüringer Landesverband der AfD zu tun hat, der von Björn Höcke geführt wird. Von jemandem, der sich immer wieder mit Äusserungen hervortut, die man straflos faschistisch nennen darf. Und der sich auch gerne der Nazirhetorik bedient.

Zur Person

Nicole Deitelhoff, geboren 1974, ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Sie ist Co-Sprecherin des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt und forscht un-



Uwe Dettmar

ter anderem aktuell zu internationalen Institutionen in der Krise. Gemeinsam mit anderen Friedensforschungseinrichtungen gibt das Institut jährlich das «Friedensgutachten» heraus, in dem aktuelle Gewaltkonflikte analysiert werden. Dettmar lebt in Frankfurt am Main und erhielt 2023 eine Loewe-Spitzenprofessur des Landes Hessen.

Um Ihr Bild vom Maschendrahtzaun aufzugreifen: Einer, der immer wieder zumindest prüfend da durchgespäht hat, ist CDU-Chef Friedrich Merz. Er sagte erst, er würde eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht ausschliessen, nahm die Aussage dann zurück, nun ist die Zusammenarbeit in Thüringen Realität geworden. Warum fällt es den Konservativen so schwer, sich von den Rechten abzugrenzen?

Um das zu verstehen, müssen wir uns das Parteienspektrum ansehen: Parteien im rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Spektrum stehen ideologisch betrachtet – auch wenn es immer noch weit weg ist – den konservativen Kräften näher als den progressiven liberalen Kräften auf der eher linken Seite des politischen Spektrums. Das heisst, die Konkurrenzsituation ist für konservative Parteien sehr viel grösser als für Parteien links der Mitte. Das ist das eine. Und das andere ist, dass es schon sehr, sehr lange eine Debatte gibt, was der beste Umgang mit dieser Konkurrenzsituation ist. Übrigens auf beiden Seiten des Spektrums. Die Frage ist immer: Soll man sich «öffnen»? Soll man versuchen, diesen neuen Konkurrenten, die an den extremen Rändern entstehen, das Wasser abzugraben, indem man ihre Themen aufgreift? Das sehen wir im konservativen Spektrum insbesondere mit Blick auf die Themen Migration oder Gendern. Oder soll man, Stichwort Brandmauer, sich ganz klar abgrenzen und eher noch deutlicher Richtung Mitte tendieren. Zu dieser Frage gibt es auch Studienergebnisse.

Und was sagen die aus?

Sie geben klare Anhaltspunkte dazu, dass die Strategie, sich gegenüber extremen Konkurrenten zu öffnen, wenn überhaupt, interessanterweise eher im linken Spektrum funktioniert, im rechten aber nicht. Da haben wir entweder gar keinen messbaren Effekt, oder aber wir sehen negative Effekte. Das heisst, anstatt der konservativen Kräfte profitieren die extremen Konkurrenten. Wie Marine Le Pen gesagt hat, am Ende «wählen die Leute doch lieber das Original». Die Versuchung ist sehr gross, Wähler, die man verloren zu haben meint, dadurch zurückzubekommen, dass man in die gleiche Kerbe schlägt wie die extremistischen Parteien. Aber damit passiert dann eigentlich etwas ganz anderes: Man verschiebt die Möglichkeiten politischen Handelns und politischer Einigung insgesamt nach rechts.

Das scheint aber zu den Konservativen noch nicht durchgedrungen zu sein.

So ist es. Aber auch die Brandmauer wird niemals so funktionieren, wie man sich das vielleicht vorstellt. Man kann die extremistischen Parteien ja nicht einfach beschweigen, das ist eine ganz problematische Vorstellung der Gegenseite. Stellen Sie sich mal vor, die sind zwar da, aber keiner spricht mit ihnen. Das befeuert eher Aggressionen. Weil es ja so aussieht, als sei man zu arrogant, um diese Akteure und ihre Position überhaupt wahrzunehmen. Was einem übrig bleibt, ist, sich immer wieder auf die Auseinandersetzung einzulassen. Und zum hundertsten, tausendsten,

zehntausendsten Mal zu wiederholen, warum man nicht mit diesen Parteien stimmt, warum man es ganz anders sieht, was alles problematisch ist. Auf den ersten Blick bringt das ganz wenig, es sind ganz, ganz kleine Schritte. Aber es ist das Einzige, was hilft, den demokratischen Diskursboden gesund zu halten.

Aber das wäre doch ein Aufrechterhalten der Brandmauer, so wie Sie es gerade erklärt haben. Dann kann es also doch eine geben.

Ja, aber was mich an dem Bild stört – eine Mauer ist was sehr Passives. Und das meinte ich mit dem «Beschweigen». Wenn man sagt, es gibt die AfD, es gibt diese rechten Kräfte, aber wir tun so, als wären sie nicht da, wir machen nur untereinander Politik und die anderen ignorieren wir einfach – das ist ganz gefährlich. Man muss sich mit den Gegnern auseinandersetzen. Das ist unheimlich anstrengend, weil es ja auch häufig durch die Art der Diskurse schnell persönlich wird. Man wird stark angegriffen, und dennoch muss man sich da immer wieder reinbegeben.

Beim Thüringer Beispiel geht es nun nicht mehr ums Reden mit Rechten, sondern ums Gesetzemachen mit Rechten. Passiert das nun immer wieder oder war das ein Einzelfall, aus dem man lernen kann? Immerhin war in Thüringen auch mal ganz kurz Thomas Kemmerich von der FDP Ministerpräsident, der sich mit AfD-Stimmen hat wählen lassen.

Was sich derzeit vollzieht, ist eine schleichende Normalisierung von autoritären und rechtsextremen Positionen in den Parlamenten. Ich glaube, das muss man so deutlich sagen. Und wir haben auf der kommunalen Ebene noch andere Formen der Zusammenarbeit. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit gesehen, dass ein AfD-Kandidat erfolgreich zum Landrat gewählt wurde, weitere werden kommen. Und wenn wir es mit AfD-Landräten zu tun haben, dann ist vollkommen klar, dass sie auch gestaltend Einfluss auf die Politik haben werden. Das alles ist bereits im Gange. Aller Voraussicht nach wird die CDU weiter nach rechts rücken. Der Bundesvorsitzende Friedrich Merz zeigt deutlich, dass er diese Agenda verfolgt. Wir sehen, dass die eher liberalen, mitteorientierten CDU-Teile marginalisiert werden und auch ganz offensiv und bewusst zurückgedrängt werden. Daniel Günther zum Beispiel, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, der findet, mit der AfD zusammenzuarbeiten, müsse man ausschliessen.

Ihm wurde diese Woche gesagt, er stehe damit alleine.

Vom Bundesvorsitzenden! Er bekommt dann vom eigenen Bundesvorsitzenden gesagt, «du hast eine Einzelmeinung». Ich glaube, das wird auch noch eine ganze Weile so weitergehen. Wir werden auf der kommunalen Ebene, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, sicherlich noch ein sehr viel höheres Ausmass an Kooperationsarbeit mit der extremen Rechten sehen.

Von Ihrem Fachkollegen Thomas Biebricher stammt der Satz: «Liberales Demokratien können ohne gemässigt konservative Parteien nicht überleben.» Verlieren wir gerade diesen gemässigten Konservatismus?

Das ist die Gefahr, die vor uns liegt. Wobei ich auch ganz klar dazu sagen möchte: Wenn die CDU jetzt noch ein bisschen weiter nach rechts geht, dann verlieren wir noch nicht gleich den gemässigten Konservatismus. Aber ich würde Biebricher absolut zustimmen: Demokratien brauchen eine gemässigte konservative Kraft. Wann immer wir es mit Systemen zu tun haben, in denen ein grosser Wähleranteil keine politische Heimat mehr findet, werden diese Bürger sich vom System abwenden und an den politischen Rändern, links oder rechts, nach einer anderen Heimat suchen. Das heisst, wir brauchen eine zentristische konservative Kraft in Deutschland. Die CDU ist momentan sicherlich diejenige, die sich in der öffentlichen

Wahrnehmung am stärksten unter Druck gesetzt sieht durch den rechten Konkurrenten, weil er ihr eben – trotz aller Entfernung – am nächsten ist.

Gibt es irgendwo in europäischen Nachbarländern Konservative, die das souverän lösen?

Wir sehen in den europäischen Ländern, die es mit starken rechts-populistischen oder rechtsextremen Herausforderungen zu tun haben, überall ähnliche Auflösungserscheinungen. In der Schweiz oder in Österreich können wir ebenfalls dabei zusehen, wie sich die konservativen Parteien selbst «rechtspopulisieren», kann man schon fast sagen. Das heisst, sie biedern sich eher an, verlieren an Profil und grenzen sich vor allem nach links ab, was die Polarisierung in den politischen Debatten noch weiter befördert.

Warum passiert das scheinbar überall gerade jetzt?

Das liegt auch an einem Faktor, für den nun keine Partei etwas kann, nämlich an den anhaltenden Krisen. Europäische Gesellschaften durchleben momentan bereits zwei Jahrzehnte Polykrise. Das fing an mit einer Weltfinanzkrise, dann kam die europäische Verschuldungskrise. Dann kam das, was wir heute teilweise «Fluchtkrise» nennen. Dann kam beinahe direkt im Anschluss die Pandemie, und die ist eigentlich immer noch nicht vorbei. Und dann kam der Krieg und mit dem Krieg die Angst. Das macht über so lange Zeiträume etwas mit Menschen und auch mit Gesellschaften. Und das sehen wir.

Was kann man dagegen tun?

Die einfache Antwort: Die Krisen müssen mal aufhören. Wir brauchen einfach Ruhe. Gesellschaften brauchen eine Erholungsphase. Die Menschen müssen wieder das Gefühl haben, die schlimmsten Sorgen seien irgendwie bearbeitbar, da passiert jetzt nichts mehr. Das lässt sich aber natürlich nicht herbeizaubern. Wir sehen, dass wir einen Krieg vor uns haben, der wahrscheinlich noch länger andauert, und über Klima haben wir noch gar nicht geredet. Das heisst, wir müssen versuchen, innerhalb dieser Krisenglocke Wege zu finden, die Sonne scheinen zu lassen.

Das heisst konkret für die Politik?

Es geht darum, deutlich zu machen, was Probleme und Krisen, vor denen wir stehen, uns kosten. Aber es geht auch darum, was wir trotz dieser Kosten erreichen können. Also, man müsste klarmachen: «Ja, ihr werdet jahrelang den Gürtel enger schnallen müssen. Aber dafür wird am Ende dieser Phase wieder etwas anderes möglich sein.» In Deutschland ist die Politik unheimlich gut darin, komplexe Gesetzesprogramme in den Raum zu stellen, mit Sprüchen um sich zu werfen: «Niemand wird zurückgelassen», «Bazooka». Aber diese Massnahmen sind nicht von Optimismus geprägt. Massnahmen scheinen in Deutschland immer zu bedeuten: «Wir wissen, dass es ganz schlimm für dich wird, und hier ist dein Trostpflaster.» Aber wenn dieses Trostpflaster weg ist, was kommt denn dann? Da ist immer die Erwartung, es muss ein noch grösseres kommen. Das macht Menschen nicht aktiver, sondern noch passiver. Weil sie immer mehr das Gefühl haben, da kann man nichts tun. Ich kann ja nur ein Trostpflaster bekommen, die Wunde kann nur zugedeckt werden, aber nicht geheilt. Davon müssen wir weg. Wir müssen lernen, dass Probleme bearbeitbar sind. Das aktiviert Menschen: wenn sie das Gefühl haben, ihr Beitrag dazu ist auch wesentlich.

Umso schlimmer scheint es, sich den politischen Rändern und ihren inhaltsleeren Versprechen anzunähern, weil man damit nicht die Probleme löst.

Ja, und die politischen Ränder verfolgen die Trostpflasterstrategie noch viel perfider, weil sie genau mit diesem «Die sind alle böse, die nehmen euch alle

nur was weg» arbeiten. Sie beschwören eine gute alte Zeit herauf. Die Rechten sagen: «Wir wissen, wie es zurück in Ordnung und Wohligkeit geht, in die gute alte Zeit» – die es übrigens nie gab. Das ist natürlich ein Trugschluss, aber wenn man schon die ganze Zeit erzählt bekommt, dass es nur noch Trostpflaster gibt, warum soll man nicht auch noch das glauben?

Die Extremismusforscherin Natascha Strobl spricht in diesem Zusammenhang von einem «neuen Gefühl der Sicherheit».

Das ist es, aber die neue Sicherheit ist eine alte. Es ist, wie wenn Sie zu Hause eine alte Postkarte finden und da stellt sich dieses Gefühl ein: Wir erinnern uns an Behaglichkeit, an Sicherheit, Geborgenheit. Wir wissen, dass das eine Momentaufnahme war, wir wissen, dass es auch ganz andere Dinge in unserer Vergangenheit gegeben hat als in diesem Moment. Aber das alles wird dann ausgeblendet. Es ist nur noch dieses nostalgische Gefühl: Ach, erinnerst du dich nicht daran? Und das wird uns verkauft.

Die Erzählung «Die nehmen euch was weg» verfolgt auch der Vorsitzende der Freien Wähler in Bayern, Hubert Aiwanger, der kürzlich wegen eines antisemitischen Flugblatts in die Schlagzeilen geriet. Sein Koalitionspartner in der Regierung, die CSU, hält an ihm fest. Sie sagten kürzlich, es sei richtig, dass Aiwanger noch im Amt sei, wir müssten uns mit einem anderen Problem beschäftigen. Welches ist das?

Genau das, wovon wir gerade gesprochen haben, ein Problem von politischer Kultur und Diskurskultur. Und das ist nicht ein Problem der Freien Wähler, es ist auch nicht nur ein Problem der CDU, sondern es ist ein generelles Phänomen. Es ist ein bisschen abhandengekommen, dass Politikerinnen konstruktiv miteinander umgehen. In der Politik hat man sich immer schon beleidigt, denken Sie an Herbert Wehner, der mal einem anderen SPD-Abgeordneten empfohlen hat, sich in «Genosse Arschloch» umzubenennen. Auch in der Schweiz sind Beleidigungen in der Politik übrigens gängig. Aber das Problem ist die Art, den anderen schon während des Diskurses für inakzeptabel zu befinden: «Mit dem rede ich gar nicht.» Das komplette Fundament, das wir haben, ist, dass, egal wie unterschiedlich unsere Ansichten sind, wir uns wechselseitig immer noch zugestehen, Teilnehmer einer geteilten Praxis zu sein, nämlich gemeinsam miteinander um Lösungen zu ringen, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Das ist im Grunde genommen das ganze demokratische Versprechen. Aiwangers Rede in Erding diesen Sommer ist ein gutes Beispiel dafür, wie das genau nicht gelingt.

In der Rede sprach er von einer schweigenden «Mehrheit», die sich «die Demokratie zurückholen» müsse.

Und kurz davor hat er über die Ampelregierung in Berlin gesprochen, auch diesen Kontext muss man sehen. Das ist nicht nur eine Nazirhetorik – auch vor der Machtergreifung haben die Nazis gesagt, das «wahre Volk» wolle Hitler im Amt sehen –, sondern es ist auch das klassische Narrativ, das beispielsweise die AfD verfolgt. Auch wenn heute Gott sei Dank recht selten mit einer «jüdischen Verschwörung» argumentiert wird, ist da im Grunde dasselbe Argument: Die Demokratie sei von korrumpierten Eliten gestohlen worden und man müsse sie sich zurückholen. Hier ist dann immer die Rede von der «schweigenden Mehrheit». Das bedeutet erst einmal, Herr Aiwanger weiss angeblich, was die Mehrheit in diesem Land denkt. Dann das Bild, etwas wurde weggenommen, gestohlen: Das heisst, wer auch immer uns da gerade in Berlin regiert, ist eigentlich illegitim im Amt und handelt gegen den Willen des Volkes, und das gibt uns das Recht zum Widerstand. Das ist extrem problematisch, weil es wieder deutlich macht: Mit denen in Berlin, SPD, Grüne, FDP, mit denen braucht man überhaupt nicht

zu reden. Das vordergründige Ziel ist, den anderen Wähler abzujagen. Aber der Nebeneffekt ist, dass der Gegner delegitimiert wird.

Als Hubert Aiwanger sich für das Flugblatt verteidigt hat, hat er, sagen Sie, eine ähnliche Erzählung verfolgt.

Ich glaube, es gibt zwei Arten, mit so etwas umzugehen. Die eine hätte man sich gewünscht und die andere haben wir erlebt. Die, die man sich gewünscht hätte, wäre gewesen, im Moment des Bekanntwerdens eine Pressekonferenz zu geben und etwas zu sagen wie: «Ich kann Ihnen versichern, ich habe dieses Flugblatt nicht geschrieben, es war aber in meinem Schulranzen und ich schäme mich noch heute für dieses Flugblatt, für die Inhalte. Ich distanzieren mich auf das Schärfste davon. Und ich bitte alle um Verzeihung.» Das hätte er tun können, hat er aber nicht. Stattdessen hat Aiwanger erst versucht, die eigene Rolle herunterzuspielen, und dann eine komplizierte Art Entschuldigung abgegeben, mit dem Wort «wenn», «wenn ich jemanden verletzt habe ...». Für Hinterbliebene der Schoah war das ein Hohn. Und das Zweite, aus meiner Sicht auch das Gefährlichere an der ganzen Geschichte, war, dann noch zu sagen, eigentlich bin nicht ich das Problem, sondern der politische Feind. Die Medien führen eine Hetzkampagne gegen mich. Er hat gesagt, man wolle ihn politisch und privat «vernichten». *Vernichten* ist auch ein Begriff, den wir mit sehr dunklen Zeiten in Verbindung bringen. Und wieder wird sofort der politische Feind ins Zentrum gerückt. Es ist nicht das Pamphlet, es ist nicht, dass ich es im Ranzen hatte, sondern es ist der politische Feind. Auf den müsst ihr gucken, der ist die Ursache allen Übels, nicht ich.

Hätte Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident (CSU), sich nicht auch wegen dieses Umgangs von Aiwanger mit dem Flugblatt abgrenzen müssen?

Darüber habe ich sehr lange nachgedacht. War Aiwangers Umgang mit dem Flugblatt – der unangemessen war, da sind wir uns einig – ein Vorgang, der so ehrabschneidend war, dass Markus Söder zur Entlassung hätte greifen müssen? Da muss ich sagen, nein. Markus Söder hat versucht, einen Hebel an die Hand zu bekommen mit 25 Fragen, die Aiwanger beantworten sollte. Die hat Hubert Aiwanger nicht zufriedenstellend beantwortet, sehr inkonsistent, das wurde ihm auch vorgeworfen. Wenn aber Söder Aiwanger auf Basis dieses Umgangs entlassen hätte, dann hätte er sich anhören dürfen, dass er jemanden aus Stilgründen entlassen hat. Also auf die Art, «nur weil der nicht geschickt reden kann». Im Grunde genommen hätte er dann ein ganz besonderes Geschenk vor die Türschwelle der Freien Wähler gelegt, einen Märtyrer.

Wir haben schon über Gewöhnungseffekte in der Politik gesprochen. Wie auffällig sind gerade Gewöhnungseffekte in der politischen Kommunikation?

Das Jahr 2023 war bis jetzt ein fürchterliches Diskurskulturjahr. Man kann von dem Gesetzesvorhaben zu erneuerbaren Energien halten, was man will, aber da fiel der Begriff «Energie-Stasi». Allerdings, auch das Verkehrsministerium der FDP wird mit Aggressionen und Diffamierung überzogen. Mir ist es ganz wichtig, dass es nicht so aussieht, als würde ich sagen: «Ja, da sehen wir sie wieder, nur bestimmte Parteien werden mit Diffamierungen überzogen.» Es sind eigentlich alle Kräfte. Und das ist das Grundproblem. Wir führen mittlerweile Diskurse um den Gegner herum und nicht mehr um die Sache, dabei braucht das die Demokratie ganz dringend. Was uns zusammenhält, ist eigentlich nur ein Bekenntnis: dass wir dennoch uns gegenseitig Rechte zubilligen und Pflichten abverlangen und unser Zusammenleben gestalten. Wenn uns etwas nicht passt, haben wir die Chance, das beim nächsten Mal wieder anders zu machen und, indem

wir bessere Argumente haben, Mehrheiten zu erzeugen. Das ist das Irre, das Tolle an der Demokratie. Deswegen kann man auch mit all diesen Leuten, obwohl einem die Nase nicht passt, die Einstellung nicht passt, dennoch zusammenleben. Das ist das Einzige, was uns zusammenhält. Wenn wir das hergeben, dann wars das.

Können wir eine bessere Streitkultur wieder lernen?

Ja, ganz klar: ja. Aber es dauert. Wir tun immer so, als wäre das, was uns gerade passiert, plötzlich über uns hereingebrochen. Aber es ist eine Entwicklung, die wir über Jahrzehnte beobachten konnten. Und auch die Gegenbewegung wird Zeit benötigen. Aber wenn wir beide hier am Tisch das Wort «Streit» als ein Positives in den Mund nehmen, dann hätten wir noch vor fünf Jahren recht alleine damit gestanden. Das hat sich geändert. Es wächst die Sensibilität dafür, dass es so etwas wie gesunden und guten Streit gibt und auch die Aufmerksamkeit dafür, wie man das eigentlich umsetzen könnte.

Und wie kann man es dann besser machen?

Das Ganze muss noch mehr an die Schulen und Universitäten. Gerade an den Universitäten gestehen wir Studierenden keine Zeit mehr zu, streiten zu lernen: Es muss jetzt alles klappen, damit die Punkte in der Regelstudienzeit erreicht werden können. Wir müssen in der Öffentlichkeit wieder Lust am miteinander Diskutieren finden, das wird dauern, aber wir können das unterstützen. Wir sprechen immer so viel über die Öffentlichkeit, über die sozialen Netzwerke und wie wir uns alle so miserabel verhalten. Aber wir sprechen wenig darüber, was unsere Politikerinnen und Politiker eigentlich tun. Und die verhalten sich, ehrlich gesagt, mindestens genauso miserabel. Dabei haben sie eine völlig andere Sichtbarkeit und auch eine Vorbildfunktion. Wir können von unseren Politikerinnen politische Tugenden verlangen und einfordern, dass sie sich benehmen. Das gehört dazu.